Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6685**

18. Wahlperiode 11.11.2015

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 18/6283, 18/6673 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie

Bericht der Abgeordneten Ekin Deligöz, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Ewald Schurer und Dr. Gesine Lötzsch

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Richtlinie 2014/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen (ABl. L 128 S. 1) in deutsches Recht umzusetzen.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung des vom federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales beschlossenen Änderungsantrags auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Steuermindereinnahmen betragen in der vollen Jahreswirkung 65 Mio. Euro.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand beträgt 710 Stunden.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der zusätzliche einmalige Erfüllungsaufwand beträgt 155 Mio. Euro, der zusätzliche jährliche Erfüllungsaufwand beträgt 135.000 Euro.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

21.000 Euro.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

Mit dem beschlossenen Änderungsantrag wird das Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen um eine Regelung ergänzt, die mehr Flexibilität bei Pensionsfonds als Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung ermöglicht.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 11. November 2015

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Lötzsch
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Ekin Deligöz
Berichterstatterin

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Berichterstatter

Ewald Schurer
Berichterstatter

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333